

Benedict Neff Referat Föderalismuskonferenz 2025

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans,
sehr geehrte Frau Regierungsrätin Thalmann-Gut,
sehr geehrter Herr Ständeratspräsident Caroni,
sehr geehrter Herr Regierungsrat und Präsident der KdK Dieth,
Geschätzte Expertinnen und Praktiker des Schweizer Föderalismus,

Altbundesrat Ueli Maurer hadert mit der Schweizer Demokratie. In einem kürzlich erschienenen Gespräch wollte das „Liberale Institut“ von ihm wissen, ob es nicht besser wäre, wenn die Urkantone eine neue Eidgenossenschaft gründen würden. Einfach mal Tabula Rasa machen, auf die fremden Richter pfeifen und das ganze Berner Überregulatorium rausschmeissen, wie sich der Interviewer ausdrückt. Stattdessen solle aus den alten Orten eine neue Insel der Freiheit entstehen. – Bedächtig hört Altbundesrat Ueli Maurer zu und erklärt schliesslich: „Das ist eine faszinierende Idee. Ich wäre der erste, der sich hier an die Spitze stellen würde.“ Es braucht lediglich eine Revolution, sagt Ueli Maurer und – Zitat – „Hornhaut“.

Altbundesrat Maurer scheint die Schweizer Politik nach Jahrzehnten immer noch nicht recht verstanden zu haben. Aus Verzweiflung, die Rahmenverträge mit der Europäischen Union könnten vom Volk angenommen werden, will er die Willensnation auflösen. Und sich selbst sieht er schon in der Rolle eines Zentralschweizer Separatistenführers. Als einer, der in Schwyz aufgewachsen ist, kann ich Sie allerdings beruhigen: Bei uns hat niemand auf einen Zürcher Sonderbundsgeneral gewartet.

Im Unsinn steckt aber, wie so oft, auch eine Wahrheit. Die Schweiz steht unter Zentralisierungsdruck. Die Tendenz des Bundes, sich in kantonale Angelegenheiten einzumischen, sind noch verhältnismässig harmlos. Wenn der Bundesrat die Zürcher Kinder zum Frühfranzösisch verknurren will, geht die Eidgenossenschaft noch nicht zugrunde. Deutlich schwerer wiegt der Einfluss von EU-Recht und von supranationalen Gerichten. Der Wille des Volks wird von engmaschigen Gesetzen immer mehr eingeschnürt.

Selbst in der Schweiz fragen sich viele Bürgerinnen und Bürger, wie viel sie eigentlich noch zu sagen haben. Klönen auf hohem Niveau, könnte man denken, schliesslich ist der Einfluss der Schweizer Bürger auf die Politik im internationalen Vergleich einmalig.

Aber gerade deshalb ist die Sorge um einen weiteren Souveränitätsverlust umso ausgeprägter. Und sie ist berechtigt.

Indem die Europäische Union viele politische Fragen dem Mehrheitswillen entzogen hat, ist die Entfremdung der Bürger zum politischen Betrieb gewachsen. Die etablierten Parteien verlieren an Bedeutung, die nationalen Parlamente haben nicht mehr viel zu sagen. Es regiert in vielem das europäische Recht. Mit der Einführung des Euro haben die EU-Länder ihre geldpolitische Souveränität verloren. Mit Schengen und der Europäisierung des Asylrechts haben die Länder ausserdem die Souveränität über ihre Grenzen verloren – einen funktionierenden Aussengrenzschutz bleibt die Europäische Union den Bürgern bis heute schuldig.

Der deutsche Politologe Philipp Manow sieht genau darin die Ursache für den Aufstieg populistischer Parteien in Europa. Populismus sei ein - Zitat - „Aufstand gegen die Entmachtung der Nationalstaaten, weil diese in Kernbereichen keine echten Entscheidungsspielräume mehr haben«, so Philipp Manow.

Und hier, meine Damen und Herren, kommen natürlich der Föderalismus und die direkte Demokratie ins Spiel. Sie sind zentrale Instrumente, dass es zu einer solchen Entfremdung zwischen der politischen Elite und dem Volk nicht kommen kann. Die Politik wird hierzulande immer noch stark vor Ort, in den Gemeinden und Kantonen, gemacht, die Bürger gestalten sie mit. Die Regierung ist keine abstrakte Behörde. Einen Gemeindepräsidenten trifft man an der Chilbi, man kann ihm persönlich sagen, dass man seine Politik einen Chabis findet.

Gleichzeitig macht der Föderalismus die Schweiz pragmatisch: Es geht um die Finanzierung einer Turnhalle und um Tempo-30-Zonen. Wir streiten uns um die Abfallentsorgung und darum, ob die Gemeinde ein Skigebiet kaufen soll. Unser föderalistisches Modell verschont uns auch weitgehend von einem Politikertypus, der die Welt retten will.

In New York hat Zohran Mamdani den Wahlkampf ums Bürgermeisteramt mit Anti-Israel-Slogans gewonnen. Man konnte fast meinen, er wolle Bürgermeister von Gaza werden. In New York mag das funktionieren, ein solcher Aktivismus wäre beim Kampf ums Zürcher oder Solothurner Stadtpräsidium hingegen kaum erfolgreich. Die Bürger würden zu Recht fragen: Was will der eigentlich? Was hat das mit uns zu tun?

Ein warnendes Beispiel für überschäumenden Idealismus haben wir allerdings auch in der unmittelbaren Nachbarschaft. – Als Korrespondent für die NZZ in Berlin konnte ich das ein bisschen beobachten.

Die deutsche Regierung hat sich darauf spezialisiert, die Weltprobleme lösen zu wollen. Oft noch mit dem Anspruch, sich selbst zu erlösen. Wohin das führt, hat man in der Flüchtlingskrise gesehen: zu einer kompletten Überforderung.

Hans-Magnus Enzensberger, der nun wirklich nicht im Verdacht steht, ein rechter Schriftsteller zu sein, warnte davor schon in den 90er Jahren. Es sei Zeit, sich von – Zitat – „moralischen Allmachtsphantasien“ zu verabschieden, schrieb Enzensberger. Auf Dauer komme kein Gemeinwesen darum herum, die Abstufungen seiner Verantwortung zu prüfen und Prioritäten zu setzen. Insgeheim wisse jeder, „dass er sich zuallererst um seine Kinder, seine Nachbarn, seine unmittelbare Umgebung kümmern muss.“ Selbst das Christentum hat von der Nächstenliebe und nicht von der Fernstenliebe gesprochen.

Den Deutschen riet Enzensberger deshalb, sich nicht um das Kaschmir-Problem, den Streit zwischen Sunnitern und Schiiten oder zwischen Tamilen und Singhalesen zu kümmern. Sondern um die eigenen Probleme. Überall brenne es vor der eigenen Haustür.

Diesen Gedanken hat die Schweiz in ihrem politischen System verinnerlicht. Und das trägt ganz wesentlich zur Akzeptanz unserer Politik bei. Wenn man so will, hat die Schweiz die Nächstenliebe in der Politik verankert. Zuerst kümmert man sich hierzulande um die eigenen Belange. Und das ist gut so.

Im Wettbewerb der Ideen steckt auch Demut: Oft wissen wir ja selbst nicht, was der richtige Weg ist. Warum also nicht unterschiedliche Varianten ausprobieren? In Deutschland wird der Föderalismus, wo es ihn überhaupt noch gibt, primär als Defekt behandelt: Den vielzitierten Flickenteppich würden die meisten Journalisten am liebsten entsorgen – in der Schweiz tönt es oft nicht viel anders.

Während «Diversity» sonst eine heilige Angelegenheit ist, möchte man im Staatswesen die grösstmögliche Uniformität. Darin spiegelt sich eine allgemeine Skepsis gegenüber selbstverantwortlichem Handeln. Lieber sieht man es, wenn die Regierung durchgreift und den Bürgern den Marsch bläst. Warum darauf warten, bis der Bürger die Steuern bezahlt? – Man kann sie ja auch gleich vom Lohn abziehen.

Die Schweiz ist das Gegenmodell. Oder muss man sagen, war? Allzu oft lassen wir uns vom Ausland inspirieren. So haben die Basler Parlamentarier beschlossen, dass grosse Firmen ihren Angestellten die Steuern gleich vom Lohn abziehen dürfen. Praktisch natürlich, aber auch ein weiterer Schritt in Richtung Entmündigung des Bürgers.

Kaum jemand glaubt hierzulande, dass die EU besser funktioniere als die Schweiz. Und trotzdem gibt es ein Gefühl, als sei das eigene Modell aus der Zeit gefallen. Diese Zweifel werden noch von ausländischen Politikern vertieft, die der Schweiz regelmässig Egoismus, Sturheit und Rosinenpickerei vorwerfen. Tatsächlich hat das Land immer noch ein weitgehend gesundes Gefühl für die eigenen Interessen und eine realistische Einschätzung der eigenen Kräfte. Das hat einen einfachen Grund. Chef in der Schweiz ist der Bürger – und das Zentrum ist die Peripherie.

Was passiert, wenn das Land zentral regiert wird, konnte man in der Corona-Zeit beobachten. Die Pandemie-Massnahmen lösten gereizte Reaktionen aus.

Der Protest war in der Innerschweiz am grössten. Die Trycheln, die seit der gewonnenen EWR-Abstimmung im Keller standen, wurden entstaubt. Das Herz des Widerstands war Schwyz, wo ich herkomme.

Hier errang die Gemeinde Alpthal Berühmtheit, weil sie dem Impfbus die Einfahrt verweigerte. Und die Einsiedler sorgten für landesweites Entsetzen, weil sie ihren Sühudi-Umzug veranstalteten, als gebe es kein Corona. Der damalige Mitte-Nationalrat und Bierbrauer Alois Gmür verteidigte die fasnächtlichen Aktivitäten in der „Luzerner Zeitung“ mit den Worten: «Es war kein Treffen. Die Leute sind vor das Haus gestanden, und der Umzug ging durchs Dorf.» Kein Treffen? Nein, meinte Gmür, es sei nur – Zitat – «ein spontanes Spazieren» gewesen. Man genoss die Schlaumeierei offensichtlich.

Manche Schwyzer, die gegen das Covid-19-Gesetz waren, sprachen sogar von «Gesslerhut-Massnahmen». Der Begriff veranschaulicht, worum es den konservativen Rebellen in Schwyz eigentlich ging. Natürlich wetterten sie über die Maske, die ihnen nicht passte und über eine mRNA-Technologie, die ihnen nicht geheuer war. Am Ende ging es aber um die alten Schwyzer Themen: Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Freiheit. Es ging nicht um die Impfung, sondern um Massnahmen und Verordnungen. Die mit dem reflexartigen «Mier lönd üs nüd la säge» abgewehrt wurden. Und je mehr Druck die Regierung auszuüben versuchte, desto grösser wurde der Widerstand.

Ich lebte damals hauptsächlich in Berlin, aber habe dieses Treiben mit Befremden und auch Sympathie verfolgt. Denn im Grunde war ich irritiert, wie gleichgültig und passiv meine deutschen Freunde all die Einschränkungen der individuellen Freiheit hinnahmen – und abgestossen, mit welcher Selbstgerechtigkeit die dortigen Politiker die soziale Ächtung von Impfgegnern betrieben. Der ehemalige deutsche Bundespräsident bezeichnete sie als „Bekloppte“. Der damalige deutsche Vorsitzende des Weltärzteverbandes sprach von der „Tyrannei der Ungeimpften“.

Das war in der Schweiz spürbar anders, respektvoller. Bei aller Sorge um die Gesundheit behielt man den sozialen Frieden eher im Blick. Man schüttelte übereinander den Kopf, aber man ging nicht aufeinander los. Die Publikumsbeschimpfung ist hierzulande generell verpönt und die politische Unzufriedenheit in der Bevölkerung ventiliert sich in der Regel in harmloser Weise. Man lässt das Bimmeln einer Glocke verlauten – gibt es eine zivilisiertere Form des Protests?

Und wer hatte am Ende eigentlich recht, die Einsiedler, die während Corona Fasnacht machten – oder die vielen Schweizer, die, die Augen verdrehten und darin eine Art asoziales Verhalten sahen? Wer hat sich falsch und fahrlässig verhalten: die Schwyzer, die sich einer Impfung verweigerten? Oder der damalige Gesundheitsminister Alain Berset, der – wider besseres Wissen – behauptete, die Impfung schütze vor einer Ansteckung? Oder alle zusammen?

Mit etwas Abstand ist das gar nicht so leicht zu sagen. Der Föderalismus ist ein anstrengendes Modell, aber er gewährleistet noch am ehesten, dass sich die Bürger mit dem politischen Handeln identifizieren.

Gesucht wird immer die Lösung vor Ort. Damit leisten wir uns auch den Luxus, unsere Fehler selbst zu machen. Das mildert auch das Schimpfen auf Brüssel und „die da oben“.

Bern und Zürich sind der Kopf der Schweiz. Schwyz ist der Bauch. Die Dekonstruktion der Geschichte ist hier an Teilen der Bevölkerung fast spurlos vorbeigegangen. Ihr Verhältnis zu Wilhelm Tell ist noch nicht ironisch geworden. Mythos und Geschichte verbinden sich zu einem fantastischen Gedächtnis.

Dieser Bauch hat eine wichtige Funktion für das Land. Die Schwyzer reagieren immer dann, wenn sich Machtverhältnisse verschieben. Sie sind ein hochempfindliches Frühwarnsystem. Bei der Verletzung der individuellen Freiheit durch Corona-

Massnahmen hat es sofort reagiert. Ebenso energisch reagieren die Schwyzer nun, wo es um die Rahmenverträge mit der EU geht.

Der Bundesrat hat sich entschlossen, dieses Bauchgefühl zu ignorieren. Bei der Abstimmung um die Rahmenverträge mit der EU soll das Ständemehr nicht gelten. Das Misstrauen der katholischen Orte soll gar nicht erst richtig herausgefordert werden. Ganz im Sinne der Juso-Präsidentin Ronja Jansen, die vor ein paar Jahren bekannt gab, das Ständemehr gehöre auf den Müllhaufen der Geschichte.

In so einer zentralen Frage das Ständemehr auszuhebeln, weil einem das vermutete Ergebnis nicht gefällt, ist ein Fehler. Das Vetorecht des Ständemehrs ist nicht einfach ein Relikt aus alten Zeiten, es hat seine Funktion in der Gegenwart aktualisiert. Es sorgt mit dafür, dass die Schweiz zusammenhält. Dass wir keine abhängigen oder gar verlorenen Landstriche haben, wie das in vielen europäischen Ländern der Fall ist. Es sorgt für den nötigen Ausgleich zwischen Stadt und Land.

Ganz schön viel Idealismus, mögen Sie nun vielleicht denken, in einer Rede, die eigentlich den Pragmatismus der Schweiz würdigen will.

Selbstverständlich gibt es den Kantönligeist, die Vetterliwirtschaft, die kolossale Verkomplizierung einer uneinheitlichen Politiklandschaft – all die negativen Aspekte des Föderalismus. Und wenn sich der Bund und die Kantone gegenseitig die Verantwortung zuschieben, ist der Föderalismus vor allem eines: eine eidgenössische Komödie mit Laiendarstellern – die wir uns offensichtlich leisten können.

Das Schweizer Modell hat aber den alles entscheidenden Vorteil: es ist bei den Leuten. Oder besser: die Leute sind das Modell.

Anstatt an sich selbst zu zweifeln, sollte sich die Schweiz als Avantgarde verstehen – nur bitte ohne Missionierungsanspruch. Der Schweizer Sonderfall mag bei vielen europäischen Politikern allergische Reaktionen hervorrufen – viele Bürger weltweit würden sich aber genau eine solche Demokratie wünschen.

Peter Bichsel, der verstorbene Schriftsteller und grosse Schweizversteher, wäre dennoch skeptisch.

Er halte nichts von unserem Föderalismus, beschied er vor wenigen Jahren der „Zeit“. Im 19. Jahrhundert möge es noch riesige Unterschiede gegeben haben zwischen einem Thurgauer und einem Genfer, einem Solothurner und Appenzeller. Inzwischen hätten alle dasselbe Fernsehen, dasselbe Internet, dieselben Wünsche. Man könne die Schweiz auch einfach in drei Verwaltungsbezirke aufteilen, meinte Bichsel.

Wenn man aber sieht, wie verschieden die politischen Befindlichkeiten im Land sind, kommt man zu einem anderen Ergebnis. Die Schweiz wird immer noch aus den Kantonen erlebt und empfunden.

Sehr geehrte Damen und Herren, bitte fangen Sie deshalb nicht an, die Welt retten zu wollen. Das geht sowieso schief. Begnügen Sie sich mit der Schweiz, den Kantonen und Gemeinden. Und schaffen Sie da eine bessere Welt. Vielen Dank.